

Humanitätsgedusel und Adventsgefühle

Anfang Dezember 2019 tagte letztmalig unter schleswig-holsteinischem Vorsitz die Konferenz der Innenminister aus Bund und Ländern (IMK).

Im gelaufenen Jahr war das Migrationspaket mit einer ganzen Serie restriktiver Gesetzesnovellen im Bundestag beschlossen worden. Es dominiert seither die Flüchtlingspolitik. Es sei das Mindeste, „dass die Innenministerkonferenz nun die Möglichkeiten dafür schafft, das hochproblematische Gesetzespaket zu evaluieren und kritisch auf seine negativen Effekte für Menschen mit unsicherem Aufenthalt zu überprüfen“, diktierte der Landesflüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt den Innenministern in ihr Pflichtenheft.

Einige Hundert Menschen demonstrierten am 5. Dezember 2019 in Lübeck u. a. in Sorge vor durch die IMK geplante flüchtlingspolitische Verschärfungen. Betroffene machen sich mit Kundgebungsbeiträgen Luft.

Darunter Najib aus Afghanistan: „Die Situation in Afghanistan ist unverändert katastrophal – Terroristen kämpfen in den Städten und Dörfern, es gibt täglich Selbstmordanschläge, auf den Straßen explodieren Bomben. In weiten Teilen des Landes entscheiden Taliban darüber, ob Frauen als Ärztin arbeiten dürfen, sie entscheiden über den Schulunterrichtsstoff und wie die Bärte der Männer auszusehen haben. Reisende werden angehalten, kontrolliert und bei geringstem Verdacht getötet.“ Derweil stapeln sich bei deutschen Gerichten die Klagen angelehnter Asylsuchender aus Afghanistan. Betroffene und Unterstützende fordern einen Abschiebungsstopp und hoffen auf ein Einsehen der Politik und mindestens auf eine großzügige Altfallregelung.

Mariana Karkoutly richtet das Wort für die syrischen Flüchtlinge an die IMK: „Es gibt keine Sicherheit in Syrien. Schauen Sie nach Idlib! Die Region wird täglich bombardiert. Krankenhäuser, Märkte, Schulen. Seit April starben hier weit über 1.000 Zivilist*innen. Rund 200.000 Menschen sind innerhalb Idlibs auf der Flucht. Schauen Sie nach Nordost-Syrien! Seit Beginn der türkischen Offensive sind dort über 300.000 Menschen auf der Flucht. Es gibt Kämpfe, Luftangriffe, Vertreibungen. Schauen Sie nach Afrin oder die Euphrat-Shields-Gebiete, die unter türkischer Kontrolle stehen: Jeden Tag gibt es dort schwere Menschenrechtsverletzungen. Und schauen Sie in die Assad-Gebiete. Schauen Sie in die Folterkeller, in die Hunderttausende verschwunden sind und immer noch verschwinden.“ Marianas Sorgen sind begründet. Das bestätigt auch das Auswärtige Amt. Doch tatsächlich waren einige Innenminister ganz wild auf die Lockerung des Syrien-Abschiebungsstopps. Im Fadenkreuz des bis dato in der IMK noch nicht Mehrheitsfähigen stehen zunächst Straftäter, sogenannte Gefährder und Heimatreisende [sic].

Die 100 führenden Rüstungskonzerne der Erde haben ihre weltweiten Waffenverkäufe im vergangenen Jahr um fast fünf und seit 2002 um 50 Prozent gesteigert. Abdulla Mehmud richtet daher bei seinem Kundgebungsbeitrag in Lübeck die Aufmerksamkeit auf die Folgen deutscher Waffenexporte im Irak und anderswo: „Seit Anfang Okto-

ber demonstrieren junge Iraker und Irakerinnen friedlich gegen die korrupte Regierung. Bis jetzt sind dabei schon mehr als 500 Menschen mit scharfer Munition getötet worden. Seit Jahren herrscht Krieg in Jemen, Syrien und in Libyen. Die Menschen in diesen Ländern und aktuell auch im Irak werden mit deutschen Waffen massakriert. Wir rufen Europa und Deutschland auf, mit ihrer unehrlichen Interessenpolitik und ihrer Doppelmoral aufzuhören. Lasst nicht die Jugend auf den Straßen im Irak und in anderen Ländern durch eure Waffen sterben!“ So viel Humanitätsgedusel kommt bei den Innenministern allerdings nicht an.

Entsprechend abgewiesen wurde denn von seinen IMK-Kollegen auch der niedersächsische Innenminister Pistorius mit seinem Beschlussvorschlag eines Aufnahmeprogramms für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die in Griechenland nicht selten in der Obdachlosigkeit gestrandet sind. Da kann noch so sehr der lebensfeindlich kalte Balkanwinter drohen. Die IMK findet, wider allem ansonsten in der Politik gern demonstrativ bemühten vorweihnachtlichen Adventsgefühlen, keinen Anlass, sich die Überlebensnot der Kinder auf griechischen Inseln und Bergen zu eigen zu machen.

An Aufnahmebereitschaft hierzulande fehlt es indes nicht. Aber verblich forderte auch der Landesflüchtlingsbeauftragte die IMK dazu auf, die kommunale Flüchtlingsaufnahme wirksam zu unterstützen. Viele Städte und Kommunen in Schleswig-Holstein und anderen Ländern wollen als sichere Häfen Schutzsuchende aufnehmen, um ihnen einen Zugang zum Asylverfahren zu ermöglichen. Nicht der Mühe wert, befinden die Innenminister. „Doch!“, widerspricht der Flüchtlingsrat und vergibt am Internationalen Tag der Menschenrechte den diesjährigen Leuchtturm des Nordens an die schleswig-holsteinischen SEEBRÜCKEN.

Martin Link

Kiel, 9.12.2019

Impressum

Das Magazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein – Der Schlepper wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. Angebote zur Mitarbeit sind herzlich willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion: Martin Link (v.i.S.d.P.), Philipp Wilhelm Kranemann, Simone Ludewig (schlepper@frsh.de) • **Layout:** Kirstin Strecker • **Druck:** hansadruck, Kiel • **Fotos:** Salinia Stroux (Titel, Seiten 3, 8, 11, 19, 21, 35, 42), Martin Link (Seiten 5, 13, 31, 33) • **Zeichnungen:** Tim Eckhorst (Seite 15) • **ISBN:** 978-3-941381-34-6
Schlepper online im Internet: www.frsh.de/schlepper

Förderung: Das Projekt „Landesweite Flüchtlingshilfe“ wird gefördert durch KED und UNO-Flüchtlingshilfe sowie kofinanziert aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU.

Adresse: Der Schlepper · Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. · Sophienblatt 82-86 · 24114 Kiel · Tel.: 0431 735000 · Fax: 0431 736077 · office@frsh.de · www.frsh.de

